

V-Mann bestreitet Teilnahme an Gewalttaten

rr, Düsseldorf
Der an der deutsch-niederländischen Grenze festgenommene Verbindungsmann (V-Mann) des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz bestreitet, bei den Krawallen gewalttätig aktiv gewesen zu sein. Das erklärte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Krefeld am Montag auf Anfrage. Es seien weitere Befragungen und auch Gegenüberstellungen geplant. Schon jetzt könne aber gesagt werden, daß der 25-jährige Beschuldigte nicht - wie in Presseberichten angedeutet - als „Bädel-führer“ bei den Krawallen anlässlich des Besuches von US-Vizepräsident Bush am 25. Juni anzusehen sei.

Ein Sprecher des nordrhein-westfälischen Innenministeriums verwies ergänzend darauf, daß nach den über 100 Festnahmen bei den gewalttätigen Aktionen 15 Haftbefehle ergangen seien. Einer davon habe den 25-jährigen betroffenen, von dessen Identität als V-Mann des Berliner Verfassungsschutzes das nordrhein-westfälische Innenministerium erst am 31. August erfahren habe. Allerdings sei das Ministerium informiert worden, daß sich ein V-Mann unter den Demonstranten befände.

Der Sprecher kündigte an, daß Nordrhein-Westfalen mit Berlin noch einmal einen „intensiven Kontakt“ über diesen Fall aufnehmen werde. Der Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU) hatte im Fernsehen erklärt, Aufgabe des Mannes sei es gewesen, „zu beobachten, wie sich die Szene verhält“. Ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes habe keinen Auftrag, Gesetze zu verletzen. Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD), dessen Entlassung die CDU-Opposition in Düsseldorf wegen der Krawalle Vorwürfe verlangt hatte, sprach ebenfalls im Fernsehen von einer „Ungeheuerlichkeit“, daß einem V-Mann Widerstand und schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen werde.

Dem 25-jährigen wird nach Angaben der Staatsanwaltschaft zur Last gelegt, gegen Polizeibeamte Steine geworfen und bei der Festnahme Widerstand geleistet zu haben. Der Beschuldigte spreche dagegen von einer Verwechslung. Der Sprecher des Innenministeriums in Düsseldorf stellte klar, daß keinerlei Informationen dafür vorlägen, daß der Mann aus Berlin mit dem Auftrag zu provozieren nach Krefeld gekommen sei.

Seite 2: Halbe Kasse

Bremerhaven und die gute „Schwarzwaldluft“

CDU-Abgeordneter spricht von einem Umweltskandal

W. WESSENDORF, Bremen
„Das ist skandalös“, schimpft der Bremerhavener CDU-Bürgerschafts-Abgeordnete Thoralf Oeing, „die Luft bei uns ist nicht rein, sondern vergiftet.“ Oeing richtet damit schwere Angriffe gegen den Bremer Senator für Gesundheit und Umweltschutz, Herbert Brückner (SPD), und Bremerhavens Oberbürgermeister Werner Lenz (SPD). Brückner, so behauptet Oeing, unterdrücke die umfassenden Maßdaten über den Cadmium-Gehalt im Bremerhavener Boden. Bei Messungen seien Ergebnisse bei zum Achtfachen des Grenzwertes von 0,3 Milligramm Cadmium pro Kilogramm Trockensubstanz (TS) festgestellt worden.

Deshalb schlägt der CDU-Parlamentarier Alarm: „Brückner und Lenz nehmen eine gesundheitliche Gefährdung der Bremerhavener Bevölkerung in Kauf.“ Dabei war es Brückner, der als erster zuständiger Politiker bundesweit ein Cadmium-Verbot gefordert hatte. Auf der 4. Internationalen Cadmium-Konferenz in München im Mai 1983 hatten Experten nachdrücklich vor Krebsgefahren durch das Schwermetall gewarnt.

Belastende Unterlagen, Untersuchungsberichte und Expertisen über den schon akuten Grad von Umweltschäden hielt Brückner zurück. Oeing mußte sich die Zahlen auf Umwegen besorgen. Außerdem wurde in diesem Zusammenhang versucht, Oeing im Parlament am Reden zu hindern. Doch kann der Abgeordnete jetzt seiner Meinung nach schwarz auf weiß nachweisen, daß seine Befürchtung stichhaltig ist.

„Der Cadmium-Gehalt überschreitet - außer am Punkt 5 - an allen Meßpunkten den Grenzwert für eine mögliche Immissionswirkung (0,3 mg/kg TS)“, steht in der Kurzfassung eines Gutachtens, das der Bremerhavener Politiker vom Brücknerschen Ressort erhielt. Briansz steckt auch in der Kürze; in dem Gutachten heißt es weiter: „Natürliche Quellen scheiden beim Cadmium mit Sicherheit aus, insgesamt sind Chlorid und Cadmium als maßgebende Belastungsfaktoren für den Raum Bremerhaven anzusehen.“

Am 16. Februar 1982 hatte Oberbürgermeister Lenz vor der Presse verkündet: „In Bremerhaven haben wir

Schwarzwaldluft.“ Das Stadtoberhaupt stütze sich dabei auf ein Gutachten, das die Professoren Klaus Bätjer (seinerzeit Universität Bremen) und H. P. Charles (Hochschule Bremerhaven) angefertigt hatten. Oeing: „Die ermittelten Werte wurden beschönigt.“

Davon ist Oeing nach wie vor überzeugt. Der gelernte Versicherungskaufmann, der sich zum Umweltschutzexperten seiner Partei entwickelt, bohrte deshalb weiter. Zu den oben erwähnten Experten bezog er damals zwei Tage später vor der bremsischen Bürgerschaft Stellung, was ihm den Vorwurf der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung Mathilde Lehmann (SPD) einbrachte, mit seinen „Fehlinterpretationen“ schade er dem Ansehen der Stadt.

Seit Mai 1983 liegt ein Gutachten über die Immissionsbelastung der Waldbestände in Bremerhaven vor. Es wurde im Rahmen einer „bundesweiten Waldzustandserfassung“ angefertigt. Oeing erhielt in der Bürgerschaftssitzung vom 15. Juni 1983 auf Anfrage die Zusage des zuständigen Senators Herbert Brückner, das Gutachten zu bekommen.

Dieses Versprechen nahm der politische Umweltschützer in Bremen allerdings wenige Tage später über seinen zuständigen Referenten Jürgen Lütjke zurück. Lütjke in seinem Brief vom 21. Juni 1983 an Oeing: „Diese Zusage konnte leider nicht festgehalten werden, weil der Senator danach feststellen mußte, daß das gesamte Haus nur über ein Exemplar verfügt. Dieses Exemplar wird hier im Hause benötigt.“ Er, Lütjke, habe jetzt die Bremerhavener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (BVV) gebeten, „in Abstimmung mit mir eine Kurzfassung der Untersuchungsergebnisse zu erstellen, die Ihnen nach Fertigstellung gleich zugestellt werden wird.“

Was Senator Brückner aber nicht herausrückte, ist bedeutsam, nämlich die Meßwerte aus Tabelle 4. Danach wurde an elf Punkten in Bremerhaven gemessen. Und wenn der Grenzwert bei 0,3 mg/kg TS liegt, dann überschreiten diese Daten die Gefahrenzone bis über das Achtfache dieses Wertes hinaus. Der niedrigste Meßwert liegt nach dem Gutachten bei 0,78 und der höchste bei 2,6 mg/kg TS.

Chapple ermahnt Gewerkschafter zu einer „Politik des Realismus“

Blackpool: Neuorientierung nach der Wahlniederlage der Labour Party gesucht

FRITZ WIRTH, London
Mit einer Eröffnungsrede des Kongreßpräsidenten Frank Chapple, die fast einer Strafpredigt glich, begann am Montagmorgen in Blackpool eine der wichtigsten und schwierigsten Jahresversammlungen der britischen Gewerkschaftsbewegung der letzten Jahrzehnte.

„Wir befinden uns in einer der tiefsten Krisen seit unserem Bestehen“, mahnte Chapple, der dem rechten Gewerkschaftsflügel nahesteht, die tausend Delegierten. „Die Wahlkatastrophe des 8. Juni, in der die Labour Party in über der Hälfte der 650 Wahlkreise nur auf dem dritten Platz landete und Hunderttausende unserer Kollegen diese Partei im Stich ließen, muß uns Anlaß zur Neuorientierung geben.“ Chapple forderte den Kongreß zu einer „Politik des Realismus“ auf. Er müsse die soziologischen Änderungen in der britischen Arbeitnehmerschaft zur Kenntnis nehmen und stärker als bisher die Wünsche seiner Mitglieder berücksichtigen.

Hier werden die Weichen für die Zukunft gestellt

Dieser indirekte Aufruf zu mehr Demokratie in der Gewerkschaftsbewegung spielt direkt den Reformbemühungen der Regierung Thatcher in die Hände. Die Versammlung nahm Chapples Rede schweigend zur Kenntnis. In den Gesichtern der militanteren Funktionäre waren jedoch deutlich Verdruss und Ärger sichtbar. Chapple hatte mit seiner Rede offensichtlich den schwachen Nerv der linksradikalen Delegierten getroffen.

Bereits die ersten Stunden zeigten: Dieser Kongreß ist nervös, empfindlich und reizbar. Es werden in den nächsten Tagen in Blackpool Entscheidungen fallen und Weichen gestellt werden, die die Zukunft der britischen Gewerkschaften entscheidend beeinflussen dürften.

Es wurden bereits in den ersten Stunden auf diesem Kongreß Spätfolgen der letzten Unterabwahl sichtbar; so steht denn auch die fundamentale Frage des künftigen Verhältnisses zum großen politischen Bruder, der Labour Party, zur Debatte. „Wir können nicht mehr davon



Frank Chapple eröffnet den Kongreß der Gewerkschaftsbewegung. FOTO: CAMERA PRESS

ausgehen, daß die Labour Party die automatische Alternative zur gegenwärtigen konservativen Regierung ist“, hatte der einflussreiche Gewerkschaftsfunktionär David Bassett am Vorabend dieses Kongresses von Blackpool erklärt.

Die Folge ist ein sehr deutlicher Trend innerhalb der britischen Gewerkschaftsbewegung, auf größere Distanz zur Labour Party zu gehen, eigene Ideen und größere Unabhängigkeit zu entwickeln.

Gibt es endlich den Dialog mit der Regierung Thatcher

So fehlt denn auf diesem Kongreß nicht nur Labour-Party-Chef Michael Foot als Gast. TUC-Präsident Len Murray hat sich darüber hinaus in Blackpool die Anwesenheit jener Kandidaten verboten, die zur Zeit um die Nachfolge Foots als Parteiführer kämpfen. „Der Dachverband der Gewerkschaften hat nicht das geringste mit der Wahl des neuen Labour-Partei-Chefs zu tun“, sagte Murray, was immerhin bemerkenswert ist angesichts der Tatsache, daß die Gewerkschaften bei dieser Wahl über 40 Prozent der Stimmen verfügten.

Murray hat für dieses „Hausverbot“ jedoch gute Gründe. Er möchte verhindern, daß sein Kongreß zum Wahlforum für die Labour Party wird, wie es vor zwei Jahren beim heißen Duell zwischen Tony Benn und Denis Healey im Kampf um die stellvertretende Parteiführung der Fall war. „Wir haben auf diesem Kongreß wichtige Dinge zu tun“, sagte Murray.

Zu diesen wichtigen Dingen gehört die Frage, ob die britischen Gewerkschaften nach Jahren des kalten Schweigens endlich den Dialog mit der Regierung Thatcher aufnehmen sollen. In diesem Dialog würde es in erster Linie um die von der Regierung geplante Gewerkschaftsreform gehen, die eine größere Demokratisierung in den Entscheidungsprozessen der Gewerkschaften vorsieht.

Sowjetunion für den Abschluß verurteilt

Die radikaleren Gewerkschaften wie die der Transportarbeiter und der Bergarbeiter haben sich unmittelbar vor Beginn der Konferenz nachdrücklich gegen einen derartigen Dialog ausgesprochen. Murray selbst und mit ihm zahlreiche gemäßigte Gewerkschaftsfunktionäre sind dafür.

Frank Chapple attackierte wegen des Widerstandes gegen einen solchen Dialog in seiner Eröffnungsrede besonders scharf den Bergarbeiter-Präsidenten Arthur Scargill. „Es geht nicht an“, sagte Chapple, ohne Scargill beim Namen zu nennen, „um die halbe Welt zu reisen und den Dialog mit kommunistischen Regimen zu suchen, zugleich aber die eigene gewählte Regierung zu ignorieren.“

Chapple spielte damit auf die kürzliche Moskauer-Reise Scargills an, der auf dieser Reise Frau Thatcher als „Plutonium-Blondine“ verleumdete hatte.

Der Generalkongreß des Kongresses hatte unmittelbar vor Beginn der Jahresversammlung mit einer Mehrheit von einer Stimme eine Resolution verabschiedet, in der die Sowjetunion für den Abschluß der süd-koreanischen Verkehrsmaschine in der letzten Woche verurteilt wurde.

Syrien fordert Bruch der Araber mit Libanon

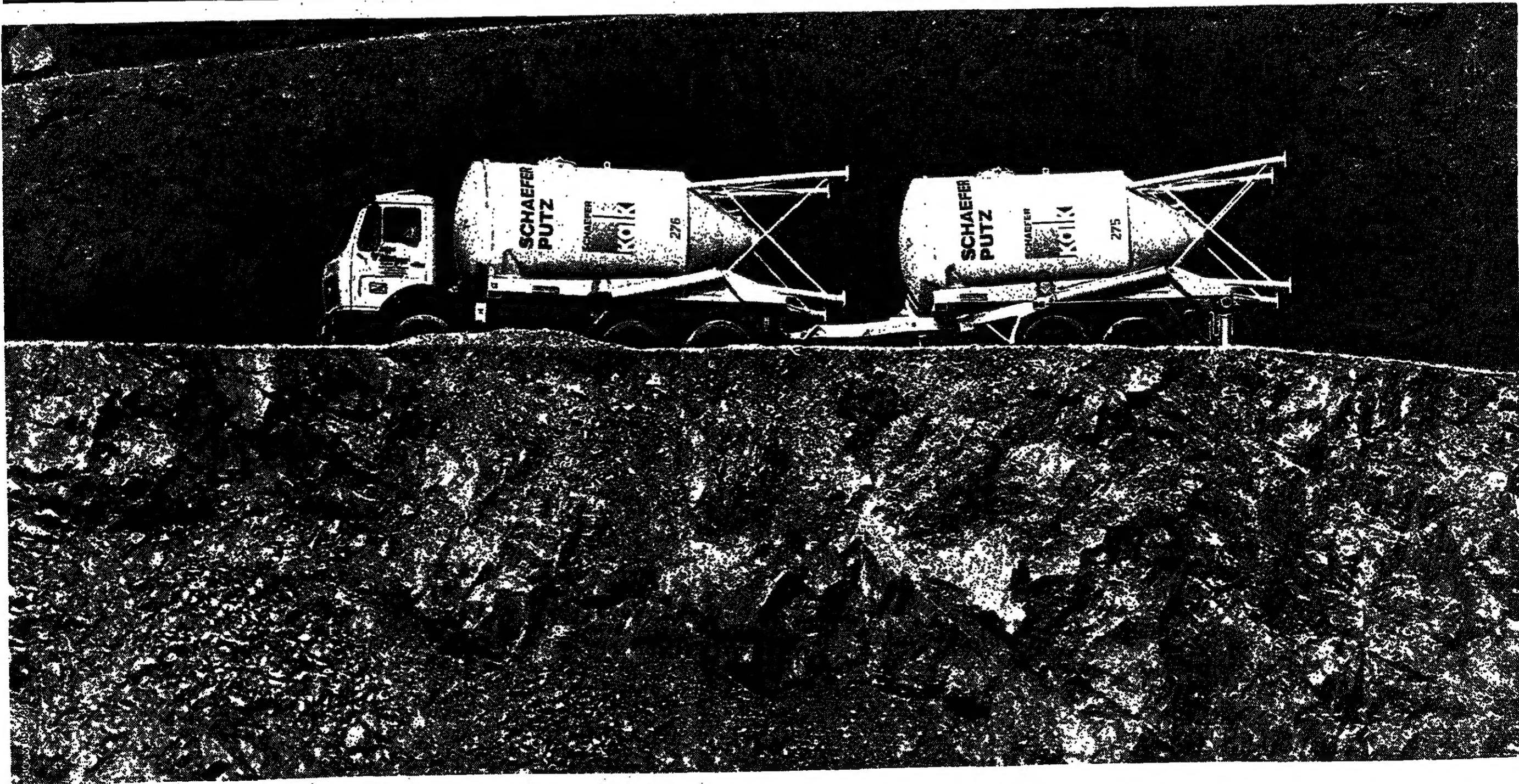
DW, Damaskus

Die syrische Regierung hat die Mitgliedsländer der Arabischen Liga aufgefordert, ihre diplomatischen und politischen Beziehungen zu Libanon abzubauen. In einer Note an das Generalsekretariat der Arabischen Liga wurde darüber hinaus verlangt, Libanon aus der Arabischen Liga und ihren Unterorganisationen auszuschließen und die Zusammenarbeit auf politischer, wirtschaftlicher, kultureller und militärischer Ebene einzustellen.

Damit reagiert Damaskus nach Meinung von Beobachtern auf die Bemühungen der libanesischen Regierung unter Staatspräsident Gemayel, alle fremden Truppen aus seinem Land zu entfernen, also auch die militärische Präsenz und damit die politischen Einflußmöglichkeiten von Damaskus in seinem Land zu begrenzen. Dadurch sinken die Chancen für die für November geplante arabische Gipfelkonferenz in Saudi-Arabien. Nach vorliegenden Informationen fehlt bislang eine Mehrheit unter den 21 Mitgliedsländern der Arabischen Liga für die Abhaltung des Gipfeltreffens.

Als Befürworter der Zusammenkunft sind bislang nur Jordanien, Tunesien und Kuwait hervorgetreten. Besonders Kuwait ist in den vergangenen Monaten für die Abhaltung des Gipfeltreffens eingetreten. Kürzlich hatte der kuwaitische Außenminister Scheich Sabah al-Ahmed dem irakischen Staatschef Saddam Hussein eine Botschaft des Emirs Dschaber al-Ahmed überbracht. Kuwait ist über den Golfkrieg zwischen Irak und Iran alarmiert, da dadurch seine Sicherheit und seine wirtschaftlichen Interessen unmittelbar berührt werden. Das Land tritt daher für das Gipfeltreffen ein, von dem es sich eine Beilegung der innerarabischen Konflikte verspricht. Bislang scheint es Kuwait jedoch nicht gelungen zu sein, Saudi-Arabien, das in ständigem Kontakt mit Syrien und Irak steht, von der Notwendigkeit einer Konferenz zu überzeugen. Riad vertraut offenbar mehr auf seine direkten Kontakte mit diesen Staaten.

So sind Syrien und Saudiarabien in den vergangenen Wochen übereingekommen, die Politik gegenüber der PLO zu koordinieren und den Vorsitzenden Jassir Arafat zu entmachten.



Der Brummi verputzt Häuser.

Wer bringt die Silos mit Fertigputz vom Kalkwerk auf den Bau? Schnell und zuverlässig? Der Brummi. Er hat dafür einen Spezialaufbau. Auf der Baustelle tauscht er das volle Silo gegen ein leeres aus. Das ist schneller Putz.

Sie lösen für uns jedes Transportproblem. Die Brummis.

Heißt das Problem Zeit: Der Brummi ist der schnellste. Er holt und liefert nämlich die Ware immer genau da ab, wo man will. Ohne umzuladen und ohne Umwege.

Ist die Fracht das Problem: Der Brummi kennt einen Kniff oder hat einen passenden Aufbau. Mit der Routine des Erfahrenen bringt er federleichte bis tonnenschwere Sachen sicher ans Ziel. Als würde er zur hauseigenen Flotte gehören.

Die Brummis finden in jede Stadt, in jedes Dorf und zu jedem Haus. Damit wir auf nichts verzichten müssen.



Sie fahren für uns. Die Brummis.

Die selbständigen Transportunternehmer und Kraftwagenspediteure im Fernverkehr (BDF)

Heute möchten wir Business Class-Reisenden einmal erzählen, was alles in uns vorgeht.

Die Kabine. In einer separaten Kabine präsentiert sich die Lufthansa Business Class in modernen, freundlichen Farben, bequem und ausgesprochen komfortabel. In allen Lufthansa Boeing 747 und DC 10 Jets.

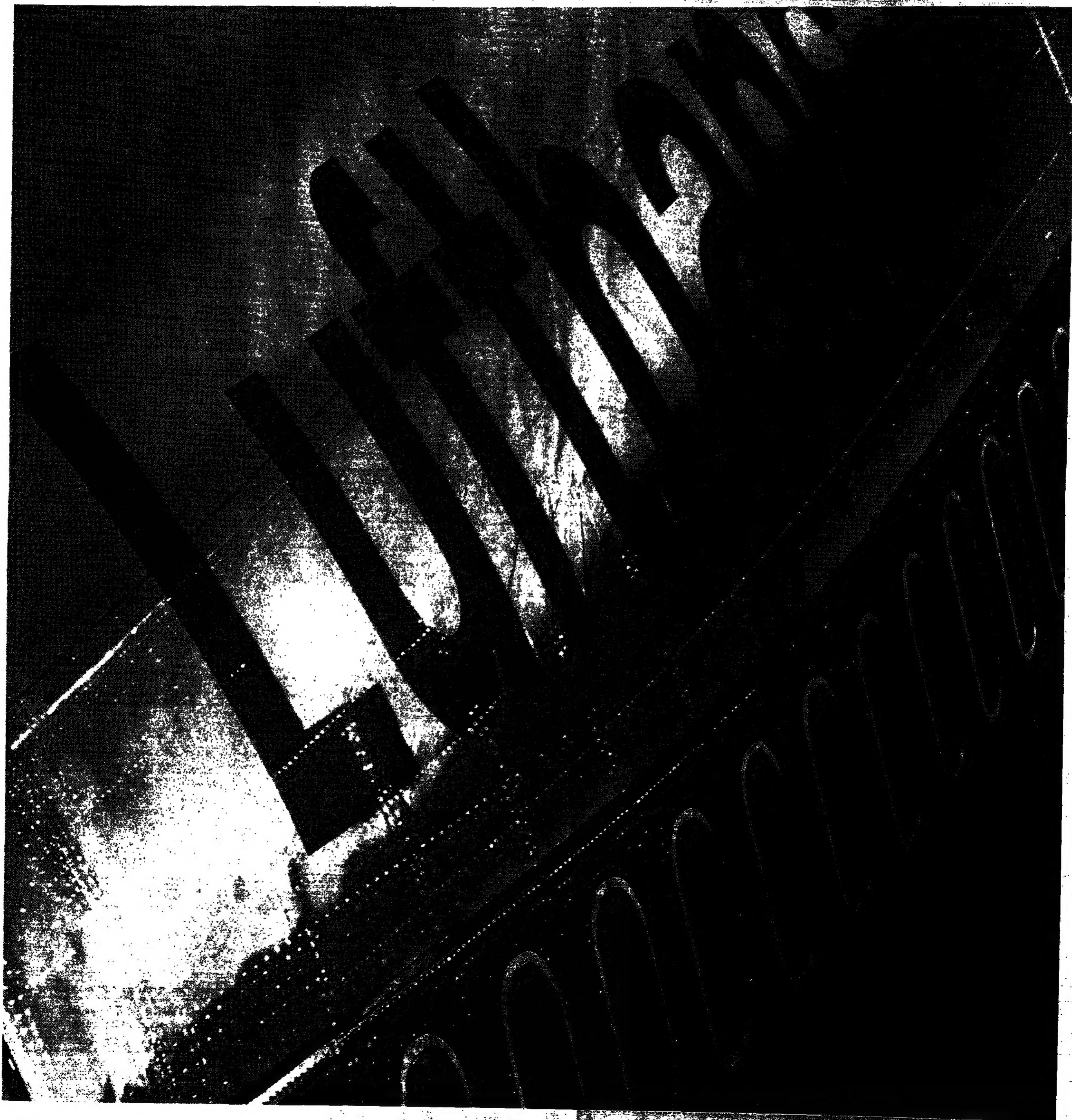
Die Sessel. Neugestaltete Sessel machen Langstreckenflüge zum Vergnügen. Maximal drei nebeneinander, erweiterter Sitzreihenabstand und ein Neigungswinkel bis zu 35° tragen dazu bei.

Das Menü. Serviert auf Porzellan, erfreut sich der Reisende an sorgsam ausgewählten Menüs mit Vor- und Nachspeise. Und hat die Wahl zwischen zwei Hauptgängen im monatlichen Wechsel – wie angenehm.

Die Getränke. Vom hohen Standard des Bordservices können rund 40 verschiedene Getränke für die Sie sich entscheiden können. Vom Aperitif bis zum Digestif, vom Cocktail bis zum Longdrink.

Das Unterhaltungsprogramm. 10 verschiedene Kanäle liefern Unterhaltung am laufenden Band. In Stereo versteht sich. Hochwertige Kopfhörer und ein vielfältiges Film- und Zeitschriftenprogramm runden das Bild ab.

Das Streckennetz. Die Lufthansa Business Class gibt's in alle Welt. Keine andere Fluglinie bietet Ihnen ab Deutschland mehr Direkt- und Non-stop-Verbindungen. Lufthansa Business Class. Ein schönes Gefühl.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reise- oder Frachtbüro mit Lufthansa-Agentur.

Hubschrauber für Militärsplionage mißbraucht

Seit mehreren Monaten haben Unbekannte von Hubschraubern aus versucht, militärische Anlagen der Bundeswehr auszukundschaften und zu fotografieren. Ein entsprechender Bericht der Zeitung „Bild am Sonntag“ ist gestern vom Bundesverteidigungsministerium bestätigt worden.

Danach wurden in jüngster Zeit in zahlreichen Fällen beobachtet, daß Hubschrauber zum Teil mit verdeckten Kennzeichen auffällig lange in der Nähe von Kasernen flogen. Das Ministerium schloß nicht aus, daß die beobachteten Aktivitäten der Unbekannten einen „nachrichtendienstlichen Hintergrund“ haben könnten. Zu diesem Schluß kamen die Fachleute aufgrund der Häufigkeit der beobachteten Vorfälle und der deswegen vermuteten Steuerung und Systematik.

Die Verantwortlichen in den Kasernen der Bundeswehr sind angehalten worden, verdächtige Hubschrauberflüge unverzüglich an die zuständigen Stellen des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) und der Polizei zu melden. Die Verfolgung der Unbekannten erweist sich dem Vernehmen nach als schwierig, da sich jeder Inhaber einer Hubschrauberlizenz relativ leicht eine Maschine ziele und unkontrolliert benutzen kann.

„Jugoslawiens politische Bürokratie klammert sich an ihr Machtmonopol“

Professor Zupanov analysiert die Krise des Systems und regt eine Demokratisierung an

C. GUSTAF STRÖHM, Belgrad
In Jugoslawien ist seit Wochen eine heftige politische Diskussion um die Notwendigkeit einer Reform des politischen Systems entbrannt. So hat einer der führenden Soziologen des Landes, der Zagreber Universitätsprofessor Josip Zupanov, zu einer „inneren Regeneration und Demokratisierung“ der kommunistischen Partei aufgerufen und gleichzeitig gefordert, daß die gegensätzlichen Gruppen der obersten Führung sowohl des Gesamtstaats wie der Teilrepubliken ihre „gegenseitige innere Blockade“ sowie ihre Machtkämpfe beenden sollen.

Das Überleben der politischen Bürokratie in Jugoslawien, so formuliert Zupanov in einem Interview für das Zagreber Nachrichtenmagazin „Danas“, sei nur durch die Aufrechterhaltung ihres ideologischen und machtpolitischen Monopols möglich. Gehe dieses Monopol verloren, sei auch die Macht verloren. Zupanov spricht von einer „Krise“ des jugoslawischen Systems.

„Für mich bedeutet Krise, daß das System schlecht funktioniert“, erklärt der Zagreber Professor. Die gegenwärtige Krise könne jahrzehntelang andauern, weil das System nicht völlig zusammenbrechen müsse. Denn: „Anders als biologische Systeme sind soziale Systeme fähig, mit einem hohen Maß an Desorganisation zu überleben.“

Für Jugoslawien kann es nach Meinung Zupanovs „keine Verbesserung geben, wenn nicht Dinge, die über die Wirtschaft hinausgehen, geändert werden“. Um etwa die sehr niedrige Arbeitsproduktivität zu erhöhen, empfiehlt er eine „moralische Regeneration“ anstelle von administrativen Maßnahmen. So hätten die Austeritätsmaßnahmen der jugoslawischen Bundesregierung im Herbst 1982 das Land nach Meinung des Professors „keinen Millimeter“ weiter vorwärts gebracht.

Eine der Ursachen für die jugoslawische Krise sieht der prominente Soziologe darin, daß in Jugoslawien „keiner dem anderen glaube oder vertraue“. Eine Wirtschaft und eine Gesellschaft könnten aber ohne Vertrauen nicht funktionieren. Zupanov: „Auch eine Marktwirtschaft kann nicht ohne Vertrauen funktionieren. Auch in ihr müssen gewisse moralische Normen respektiert werden, denn sie ist nicht der Wilde Westen, keine Anarchie oder keine Straßentrübsal, wie manche Leute meinen.“

Viele jugoslawische Experten und Wissenschaftler seien aus dem Lande emigriert, weil man sie von wissenschaftlichen Informationen aus dem

Ausland „abgeschnitten“ habe. „Wenn Sie den Mut haben“, fordert Zupanov die Journalisten des Zagreber Magazins auf, „dann schreiben Sie bitte, daß die Informationsblockade das Schlimmste ist, was wir angerichtet haben.“ Mit Ironie geißelt der Zagreber Professor dann den Versuch, in Jugoslawien eine „neue Wissenschaft“ zu etablieren, die mit „Marx-Zitaten“, wobei man dann alles mit „Scheuklappen“ betrachte, was im Westen vorgehe. „Wir sind dabei, uns zu isolieren und uns in eine intellektuelle Provinz zu verwandeln“, wertet der Soziologe. Wenn man erst Menschen herangezogen habe, die „niemals etwas gelesen hätten“, sei es zu spät – denn solche Leute würden nicht mehr instande sein, irgendwelche Informationen aufzunehmen, selbst wenn man sie ins Ausland reisen lasse.

Wenn die kommunistische politische Bürokratie die herrschende Elite des Westens zum Vorbild nehmen würde, so Zupanov, und wenn sie folglich das wissenschaftliche Establishment in ihre eigenen Reihen aufnehme, dann müßte sie um ihr ideologisches Monopol fürchten. Die politische Bürokratie fürchte aber die Konkurrenz der Wissenschaftler, weil sie die Macht total in ihren Händen halten wolle.

„Newsweek“: Warum Begin zurücktrat

SADDW, New York

Der für Mitte vergangener Woche geplante Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Israel hat möglicherweise den Rücktrittsschluß des israelischen Premierministers Menachem Begin beschleunigt. Das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek“ berichtet in seiner jüngsten Ausgabe, obgleich Begin die Einladung selber ausgesprochen habe, um Israels internationale Beziehungen zu verbessern, habe er sich „nicht damit abfinden können“, einen deutschen Staatsmann empfangen zu müssen.

„Mitarbeiter“, so heißt es in dem Magazin, „versuchten Begin mit dem Hinweis zu beruhigen, daß Kohl bei Ende des Zweiten Weltkriegs erst 15 Jahre alt war und so nichts mit der Kriegsmaschinerie der Nazis zu tun hatte. Engen Freunden gegenüber sagte Begin jedoch, daß er bei Begrüßung Kohls am Ben-Gurion-Flughafen der deutschen Nationalhymne zuhören müsse, die nach der gleichen Melodie wie die Nazi-Hymne „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen wird.“

Von israelischer Seite war offiziell versichert worden, für den Rücktritt des Ministerpräsidenten gebe es keine außenpolitischen Gründe. Ein Zusammenhang mit der beabsichtigten Israel-Reise des Bundeskanzlers wurde ebenfalls bestritten.

Arzneikosten: Wird Negativliste erweitert?

„Nicht mehr jedes Wehwehchen kann bezahlt werden“

PETER JENTSCH, Bonn

Angesichts der „exorbitant gestiegenen Arzneimittelausgaben“ der gesetzlichen Krankenkassen“ spielt die Bundesregierung mit dem Gedanken, die sogenannte „Negativliste“ zu erweitern. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Heinrich Franke (CDU), sagte der WELT: „Ich schließe nicht aus, daß noch mehr Medikamente, die unter dem Begriff Bagatell-Arzneimittel eingeordnet sind, aus der Erstattungspflicht der Krankenkassen ausgenommen werden.“ Angesichts der Kosten kann nicht mehr jedes Wehwehchen durch die Solidargemeinschaft der Versicherten bezahlt werden.

Erste Erfahrungen mit der Negativliste sprechen für ihren Erfolg. Seit ihrer Wirksamkeit im Januar dieses Jahres hat die gesetzliche Krankenkassenversicherung rund 30 Millionen Mark gespart (zwei Quartale 1983). Seit Januar dürfen Arzneimittel zur Behandlung von Schnupfen, Husten und grippalen Infekten, Abführmittel, Mund- und Rachenheilmittel und Mittel gegen Reisekrankheiten nicht mehr auf Kosten der Krankenkassen abgegeben werden. Die gesetzlichen Krankenkassen gehen

nach Auskunft des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen (BdO) davon aus, daß sie allein 1983 Kosten in Höhe von 200 bis 300 Millionen Mark auf diesem Wege einsparen werden.

Demgegenüber steht eine erhebliche Steigerung der Arzneimittelpreise. Der BdO: „Die Arzneimittelpreise der kostenverdrängenden Spitzenreiter aller Leistungsausgaben der Krankenkassenversicherung.“ Und in der Tat: Die Kosten der Krankenkassen für Arzneimittel aus Apotheken stiegen im ersten Halbjahr 1983 um 7,3 Prozent.

Und das, obwohl die konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen eine Beschränkung der einzelnen Leistungsausgaben der Kassen auf die Entwicklung der Grundlohnsumme, also auf 2,5 Prozent, empfohlen hatte. Zum Vergleich die anderen Leistungsbereiche: Die Aufwendungen für die ambulante ärztliche Behandlung stiegen um drei Prozent, für Zahnärzte um 3,4 Prozent, für Zahnersatz fielen die Aufwendungen um 13,7 Prozent, für die stationäre Behandlung im Krankenhaus stiegen sie um 5,6 Prozent.

„Während also alle anderen Leistungsbereiche“, so die Kassen, „sich kostenbewußt verhalten, laufen die Arzneimittelhersteller aus dem Ruder.“

Wollen die USA den Sowjets Brücke bauen?

Fortsetzung von Seite 1

sich der Kommandeur der sowjetischen Luftabwehr zu dem Vorfall geäußert hat, betrachtet das Weiße Haus als möglicherweise bedeutsame Entwicklung. Offenbar soll die zivile Führungsgruppe um Andropow von den Aktionen des Militärs abgehoben werden. Indiskretionen, wonach Partei- und Staatschef Andropow zum Zeitpunkt des Abschusses der koreanischen Maschine außerhalb Moskaus gewesen und erst jetzt in die Hauptstadt zurückgekehrt sei, um die sowjetischen Reaktionen zu koordinieren, bestärken das Weiße Haus in dieser Ansicht.

Der US-Aufklärer RC-135 befand sich nach amerikanischer Darstellung auf einer „Routinemission“ entlang der Halbinsel Kamtschatka und der Kurilen-Inselkette. Seine Flugbahn führte ihn zu keinem Zeitpunkt in sowjetischen Luftraum. Er kam an einem Punkt bis auf 75 Meilen an die koreanische Maschine heran, kreuzte deren Flugbahn in 300 Meilen Entfernung und war über 1600 Kilometer entfernt, nahe Kamtschatka, als die KAL-Maschine schließlich abgeschossen wurde.

Aufklärungsmissionen am Rande dieses Teilgebiets der Sowjetunion dienen der Sammlung von Testdaten, da die Kamtschatka-Halbinsel ein Zielgebiet der sowjetischen Flugversuche mit Interkontinental-Raketen darstellt. Mit den routinemäßigen Flügen soll die Einhaltung der Rüstungskontrollabkommen SALT I und SALT II überprüft werden. Diese „Überwachung mit nationalen technischen Mitteln“ steht beiden Supermächten laut Vertragsabsprache ausdrücklich zu.

Die amerikanischen Aufklärungsflüge finden häufig parallel zum sowjetischen Hoheitsgebiet statt, wenn nicht innerhalb desselben.

Kohl billigt Haltung der Minister im Fall Altun

Kanzler rügt aber Behörden nach dem Selbstmord

MANFRED SCHELL, Bonn
Bundeskanzler Helmut Kohl ist in dem Parteienstreit um den Todesfall des türkischen Asylbewerbers Altun zu der Meinung gelangt, daß sich kein Mitglied der Bundesregierung eines Fehlverhaltens schuldig gemacht hat.

Im Bundeskanzleramt hieß es gestern, sowohl Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) als auch der federführende Bundesjustizminister Engelhard (FDP) hätten sich bei ihren Empfehlungen, Altun an die türkischen Behörden auszuliefern, an den rechtlichen Bestimmungen orientiert. Freilich hat Kohl mißfallen, wie sich die beiden Minister verhalten haben, nachdem Altun vor der Verhandlung über sein Asylgeheim vor dem Berliner Verwaltungsgericht durch einen Sturz aus dem Fenster Selbstmord begangen hat. Mit Briefen, die Pressevertretern zugespielt wurden, sollte der Eindruck entstehen, der eine Minister habe mehr als der andere die Auslieferung des Türken verlangt.

Zunächst war ein Schreiben Zimmermanns vom 21. Juli 1983 bekannt geworden, in dem er an Engelhard schrieb: „Im Interesse der Fortführung einer nach wie vor guten Zusammenarbeit mit der Türkei auf politischem Gebiet, aber auch im Interesse der Glaubwürdigkeit des Asylverfahrens mit der Türkei insgesamt, bitte ich Sie, die Bewilligungsentscheidung vom 21. Februar 1983 für vollziehbar zu erklären.“ Am gleichen Tag hatte Engelhard einen Brief an Bundesaußenminister Gen-

schker geschickt und darin eine ausführliche rechtliche Begründung geschrieben: „Aus der Sicht des Bundesministers der Justiz bestehen gegen einen Vollzug der Auslieferung keine Bedenken mehr.“ Die Gefahr, daß Altun in der Türkei die Todesstrafe erhalte, sei nicht gegeben. Bundesaußenminister Genscher wollte vor einer Entscheidung über die Auslieferung von Altun das Gerichtsverfahren in Berlin abwarten. Inzwischen ist ein zweiter Brief von Bundesjustizminister Engelhard bekannt geworden. Unter dem Datum 29. Juli 1983 schreibt er unter anderem an Zimmermann, er sei bemüht, im Einvernehmen mit Genscher, die Auslieferungsangelegenheit Altun bald einer Lösung zuzuführen. Der Bundeskanzler, so die Grünen, die Entlassung Zimmermanns beantragt haben, wird sich am Donnerstag mit den Vorgängen befassen.

p. p. Bonn
Die SPD-Bundestagsfraktion hat gestern während ihrer Klausurtagung beschlossen, am Donnerstag im Plenum die Entlassung von Justizminister Engelhard und Innenminister Zimmermann zu beantragen. Die Sozialdemokraten wollen darüber namentlich abstimmen lassen. Während der rund 90minütigen Diskussion in der Fraktion zu diesem Thema war die Rede von einem „un glaublichen Vorgehen“ der beiden Minister, die im Fall Altun das gute Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Türkei gefährdeten. „türkischer Sicherheitsstellen“ für wichtiger als das Asylrecht genommen hätten.



Den Ford Sierra können Sie jetzt so gründlich testen wie Sie wollen.

Nichts überzeugt mehr als die eigene Erfahrung. Starten Sie deshalb zur Testfahrt im Ford Sierra. Der Schlüssel steckt.

Bei Ihrem Ford-Händler.



ALLIANZ LEBEN / Niedrige Stornoquote

Neugeschäft spürbar höher

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Bei der Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, dürfte das Neugeschäft im Jahre 1983 der Versicherungsbranche nach „spürbar“ über dem Vorjahres liegen. Diese Prognose gibt das Institut in einem Aktionärsbrief und stellt dazu weiter fest, daß bei leicht vermindertem Personalstand die Kostenentwicklung positiv verlaufe. Trotz des gegenüber dem Vorjahr etwas niedrigeren Zinsniveaus am Kapitalmarkt seien die Ertragsaussichten gut.

In der ersten Jahreshälfte 1983, in der die Lebensversicherung allgemein den Anteil an der privaten Ersparnisbildung (er lag 1982 bei 25 Prozent) nochmals ausweitete, habe die Allianz Leben an dieser positiven Entwicklung teilgehabt. Das Neugeschäft erhöhte sich in diesem Zeitraum um 15,1 Prozent auf 5,7 Mrd. DM, wobei es erheblich von den Anpassungen der Zuwachsvorgänge profitierte.

Ohne Berücksichtigung der Anpassungen belief sich das Wachstum des Neugeschäfts der Stückzahl nach auf 11,7 Prozent und den Summen nach um 6,9 Prozent. Dabei habe die noch immer sehr niedrige Stornoquote leicht zugenommen. Zur Jahresmitte verwaltete die Allianz Leben einen Versicherungsbestand von 112,4 Mrd. DM (plus 5,3 Prozent).

Die Beitragseinnahmen sind im Berichtszeitraum um 9,1 Prozent auf 2,5 Mrd. DM angewachsen. Die Versicherungsleistungen schnitten um nicht weniger als 88 Prozent auf 922 Mill. DM in die Höhe, eine Folge des Ablauftermins für einen Teil der vermögensbildenden Lebensversicherungen. Auf Rückkäufe entfielen 325 (150) Mill. DM.

Bei den Kapitalanlagen, die um 11,2 Prozent auf 35,6 Mrd. DM anstiegen, hat sich der Anteil der Hypothekendarlehen auf 17,3 (18,3) Prozent reduziert. Durch Wertpapierverkäufe realisierte das Institut 105 (20) Mill. DM Kursgewinne.

STENA LINE / Probleme mit Polen-Aufträgen

Gewinn auf Kieler Route

DOMINIK SCHMIDT, Kiel

Vor allem die günstige Entwicklung auf der Direktroute Kiel-Göteborg hat der schwedischen Fährschiffreederei Stena Line, Göteborg, im zweiten zu Ende gegangenen Geschäftsjahr 1982/83 (31. 8.) einen Überschuss von gut 50 Mill. skr (rund 17 Mill. DM) gebracht. Nahezu die Hälfte davon steuerte die deutsche Linie bei, die nach den Worten vom Geschäftsführer Erhard Bette zum ersten Mal überhaupt einen Gewinn erwirtschaftete.

Neben der Route Kiel-Göteborg deckt Stena Line den Fährschiffverkehr zwischen Göteborg und Frederikshavn (Dänemark), Frederikshavn-Oslo und neuerdings auch Frederikshavn-Mass (Norwegen) ab. Auf der Kieler Strecke, so Bette, seien im Berichtsjahr über 500 000 Passagiere befördert worden, rund 10 Prozent mehr als 1981/82. Hinzu kommen weit über 80 000 Fahrzeuge. Das gesamte Fährschiffgeschäft der Stena Line dürfte einen Umsatz von gut 1 Mrd. skr repräsentieren, der durch die Beförderung von rund 4 Millionen Fahr-

gästen und einer halben Million Fahrzeugen erzielt wird.

Kopferbrechen bereitet Stena Line der Bau von vier Jumbo-Fähren in Polen. Das erste Schiff sollte bereits 1982 in Dienst genommen werden. Noch immer aber ist man in Danzig und Gdingen über die Rohbau-Phase nicht hinweggekommen. Nach seinem jüngsten Besuch in Polen rechnet Bette nunmehr damit, daß zwei der vier Schiffe Ende 1984 ausgeliefert und in der Saison 1985 auf der Route Kiel-Göteborg eingesetzt werden können. Mit einer Kapazität von 2370 Betten und gut 700 Autos werde Stena Line dann über die größten Fährschiffe der Welt verfügen.

Der Polen-Auftrag hat nach Bettes Angaben einen Wert von 250 Mill. US-Dollar und sei „abweichend von branchenüblichen Finanzierungsmodalitäten“ kontrahiert worden. Für die beiden anderen Schiffe gebe es noch keine konkrete Verwendung; sie seien eher als „Spekulationsbauten“ zu betrachten. Trotz der verzögerten Auslieferung habe Stena Line nicht erwogen, die Schiffe anderswo fertigstellen zu lassen.

POSSEHL / Dieses Jahr soll die zweimal leer ausgegangene Stiftung wieder mit einer Ausschüttung bedacht werden

Ertrag wurde in allen Sparten der Gruppe verbessert

J. BRECH, Lübeck

Eine deutliche Verbesserung der Ergebnisse hat die Lübecker Possehl-Gruppe in den ersten Monaten des Jahres 1983 erzielt. Sehe man von den im Stahlhandel tätigen Gesellschaften ab, bei denen ein Vergleich mit dem durch Buchgewinne begünstigten ersten Halbjahr 1982 schwer möglich ist, gehe es jedem Unternehmen der weitverzweigten Gruppe besser, erklärt der Vorstandsvorsitzende Dietrich Schulz.

In dem Bereich Produktion laufe vor allem das Geschäft bei der Hüttenwerke Kayser AG, Linen, „herausragend“. Die Versorgung der Hütte sei bereits bis Jahresende gesichert. Nach oben korrigiert hat Possehl ferner die Planansätze für die anderen Produktionsgesellschaften. Das gilt besonders für die Zulieferfirmen der Elektronik. Sowohl die Possehl Elektronik + Isolierstoffe GmbH, Wedel, als auch die 1982 auf eine Mehrheit aufgestockte französische Beteiligungsgesellschaft Atelier de Decoupage pour Electronique S.A. könnten die Auftragsflut kaum bewältigen, erklärt Schulz.

In der Handelspartie entwickelt sich die im internationalen Handel dominierende Possehl Erzkonzern GmbH weiterhin sehr zufriedenstellend. Diese Gesellschaft, so Schulz, profitiere zunehmend von der Erweiterung des Lieferprogramms und der Erschließung neuer Märkte. Positive

Ergebnisse erwartet Schulz ferner im Stahlhandel trotz noch wie vor unstabiler Marktverhältnisse.

Schwachstelle im Handel bleibt die Sanitär- und Heizungsbranche, in der die Umsatzzugänge im ersten Halbjahr 1983 zwar gestoppt sind, die aber die Zone roter Zahlen auch 1983 nicht verlassen wird. Nach einer Phase des Abwartens folge nun die Straffung der Organisation, betont Schulz. Die frühere Strategie der Flächenabdeckung hat Possehl geändert. Nach dem Rückzug aus Teilregionen wird diese Sparte jetzt an vier zentralen Orten konzentriert. Die Reorganisation werde voraussichtlich bis 1984 andauern, erklärt Schulz. Dann sei auch der Zeitpunkt gekommen, wie der expansiv zu werden.

Mit guten Ergebnissen rechnet Schulz schließlich im dritten Possehl-Bereich, Dienstleistungen. Im Mittelpunkt steht die Lübeck Linie AG, die bereits im Vorjahr mit einem Überschuss von 3 Mill. DM überdurchschnittlich gut abschnitt und die durch den Einsatz eines neugebauten Ro-Ro-Autotransporters erheblich an Effizienz gewonnen hat.

Alles in allem werde Possehl 1983 ein wesentlich verbessertes Betriebsergebnis und auch Konzernergebnis erreichen, meint Schulz. Deshalb stelle man sich auch wieder auf eine Ausschüttung an die alleinige Gesellschafterin, die Possehl-Stiftung, ein, die wegen Ertragsrücklagen und

gleichzeitig betriebener Substanzerhaltung für zwei Jahre leer ausgegangen ist.

Risikoversorge und innere Stärkung, so erklärt Schulz, hätten auch 1982 oberste Priorität gehabt. Aus dem mit 11 Mill. DM mehr als dreimal so hoch ausgewiesenen Konzernüberschuss werden 1 Mill. DM der freien, und 4,6 Mill. DM der Konsolidierungsrücklage zugeführt. Daneben hat Possehl durch eine Reihe außerordentlicher Maßnahmen stille Reserven gebildet.

Über die Entwicklung des Betriebsergebnisses sagt der höhere Überschuss in der Konzernrechnung allerdings nichts aus. Nach Angaben von Schulz hat Possehl im laufenden Geschäftsjahr mit Gewinn gearbeitet, aber ein nochmals verschlechtertes Betriebsergebnis erzielt. Wenn man berücksichtige, daß Possehl in schwierigen Branchen wie Metall- und Stahlindustrie, Bau- und Schiffahrt tätig sei, sehe das Ergebnis „ganz so schlecht“ gleichwohl nicht aus, erklärt Schulz.

Dem schwachen Abschneiden des Handelsbereichs Sanitär und Heizung stünden eine Reihe von Unternehmen gegenüber, in denen die Erwartungen übertroffen worden seien. Im Produktionsbereich, der zum ersten Mal mehr als 1 Mrd. DM zum Gesamtumsatz beisteuerte, schrieb die Hüttenwerke Kayser weiterhin schwarze Zahlen und bewahrte damit

ihre Ausnahmestellung unter den Metallhüttenunternehmen der Welt. Die starke Geschäftsausweitung im Produktionsbereich ist vor allem auf die Erweiterung der Aktivitäten der Heimerle & Meule GmbH, Pforzheim, zurückzuführen, die zusätzlich den Handel von Edelmetallen aufnahm. Im Beteiligungsbereich brillierten die Minderheitsbeteiligungen Deutsche Fibrit GmbH und Deutsche Gießdraht GmbH mit soliden Erträgen.

Die trotz schwieriger Rahmenbedingungen erzielten Erfolge führt Schulz einmal auf eine nicht mehr mengenorientierte Unternehmenspolitik zurück. Zum anderen habe Possehl mit dem bislang umfangreichsten Investitionsprogramm die Basis verbessert. An den Grundzügen der seit Jahren verfolgten Politik werde festgehalten, die bei aller Straffung eine kontrollierte Expansion nicht ausschließe.

Possehl	1982	±%
Gruppenumsatz (Mill. DM)	2.231	+ 7,3
Konzernumsatz	1.911	+ 8,0
dav. Produktion	1.001	+ 25,4
Handel	878	- 5,4
Dienstleist.	37	- 7,5
Belegschaft	4.111	- 4,3
Jahresüberschuss	11	(3,5)
Investitionen	50	+ 33,3
Abschreibungen	45	+ 38,3
Eigenkapital	161	- 9,6
in % der BIL-Sum.	23,1	(24,9)

WOHNMOBILE

Caravan-Preise bleiben stabil

dpa/VWD, Frankfurt

Die Caravan-Hersteller in der Bundesrepublik wollen auch in der Saison 1983/84 ihre Preise nicht heraufsetzen. Höhere Preise werden jedoch bei verbesserten Modellen mit größerem Leistungsangebot verlangt, erklärten Vertreter des Verbandes der Deutschen Wohnwagen-Hersteller (VDWH), Frankfurt, anlässlich des 22. Internationalen Caravan-Salons Essen (1. bis 9. Oktober). Seit August 1982 sei bei den Neuzulassungen ein Aufwärtstrend festzustellen, der sich im ersten Halbjahr 1983 mit einem Zulassungsschub von 7,3 Prozent auf 21 052 Einheiten gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum fortsetze. Gleichzeitig sei der Absatz importierter Caravans um 31,9 Prozent gesunken. Bei relativ geringer Produktion und höheren Exporten in den letzten Monaten habe die Wohnwagenindustrie jetzt den „Teufelskreis der Überproduktion“ durchbrochen.

Mit neuen Modellen wollen die Caravan-Hersteller auch die 20- bis 30-jährigen als Käufer gewinnen. Der Caravan-Salon in Essen als Hauptveranstaltung der Branche ist den Angaben zufolge voll ausgebucht. Etwa 225 Aussteller werden dort auf einer Fläche von 72 000 qm 1000 neue Fahrzeugmodelle präsentieren.

Sixt Budget hält Wachstumskurs

adh. Frankfurt

Auf Wachstum geschaltet hat die Autovermietung Sixt Budget, mit dem Gründungsjahr 1912 ältester nationaler Autovermieter und als Franchisepartner von Budget mit internationaler Anbindung arbeitend. In den nächsten fünf Jahren will das Unternehmen mit heute 32 Stationen in der Bundesrepublik sein Netz auf 50 Stationen erweitern. Im ersten Halbjahr 1983 legte das Unternehmen mit einer Flotte von 2500 Mietwagen, davon 450 Lastwagen, im Vermietgeschäft nach eigenen Angaben 25 Prozent Umsatz zu (preisbereinigt); beim Leasing, das herstellernabhängig gemeinsam mit der Disko-Auto-Leasing (Dresdner-Bank-Gruppe) betrieben wird, macht das Plus 18 Prozent aus. Insgesamt werden jetzt 4000 Fahrzeuge verleast.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Grundig kündigt höhere Philips-Beteiligung an

Hamburg (dpa/VWD) - Der Elektronikkonzern Philips wird „in absehbarer Zeit“ - wahrscheinlich 1984 - seine Beteiligung an der Grundig AG erhöhen. Wie Max Grundig, Chef des Fürther Unterhaltungselektronik-Konzerns, in einem Gespräch mit dem „Handelsblatt“ weiter ankündigte, werde Philips seine bisherige Beteiligung von 24,5 Prozent am Aktienkapital von Grundig (280 Mill. DM) zunächst auf eine Schachtel (25 Prozent plus eine Aktie) ausdehnen. Später sei es denkbar, daß Philips die Mehrheit an der Grundig AG übernimmt. Nach weiteren Angaben von Max Grundig will man im laufenden Geschäftsjahr

1983/84 (31. März) 3,5 bis 4 Mrd. DM Umsatz erreichen, nach rund 3 Mrd. DM 1982/83, und den Aktionären (Max-Grundig-Stiftung und Philips) 16 Prozent Dividende zahlen.

Vetter-Vergleichsantrag

Fellbach (dpa/VWD) - Die Walter Vetter GmbH & Co. Fahrzeug- & Karosseriefabrik, Fellbach, Hersteller von Omnibussen und omnibusähnlichen Sonderfahrzeugen, hat beim zuständigen Amtsgericht Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens gestellt. Zum vorläufigen Vergleichsverwalter wurde der Stuttgarter Rechtsanwalt Volker Grub bestellt. Vetter beschäftigte zuletzt rund 350 Mitarbeiter und setzte rund 40 Mill. DM um. Pro Jahr wurden etwa 200 Omnibusse auf

Bestellung gefertigt. Der Grund für den Vergleichsantrag liege in dem harten Preiswettbewerb auf dem deutschen Markt für Omnibusse. Insbesondere die Kommunen hätten kein Geld für neue Linienbusse.

Beitragssatz niedriger

Düsseldorf (Py) - Jede achte Betriebskrankenkasse hat im 1. Halbjahr 1983 ihren Beitragssatz gesenkt. Wie der Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BdB) mitteilte, betraf die Senkung mehr als 830 000 Aktivversicherte, das sind etwa 30 Prozent dieser Mitgliedergruppe in 800 Kassen. Der durchschnittliche Beitragssatz liegt derzeit bei 10,57 (Ende 1982: 10,91) Prozent.

Ceag in der Gewinnzone

Frankfurt (AFP) - Die zum Interessenbereich der Familie Quandt gehörende Ceag Industrie-Aktien und Anlagen AG, Frankfurt, ist nach langen Verlustjahren wieder in der Gewinnzone. Im 1. Halbjahr 1983 konnte ein deutlich über dem vergleichbaren Vorjahresergebnis liegender Konzerngewinn erwirtschaftet werden, so daß man auch für das Gesamtjahr mit einem Gewinn rechnet. Allerdings ist der Umsatz der Firmen Dets und Mareg durch den schwachen Export von Starterbatterien um 10 Prozent auf 78 Mill. DM gesunken. Die im Juni mehrheitlich erworbene Friemann + Wolf GmbH hat einen Umsatz von 38 Mill. DM (minus 10 Prozent) erzielt.

Schon mal was von Aleatorik gehört?

Aleatorik ist jene moderne Musikrichtung, die dem Zufall breiten Raum gewährt. Eine kreative Freizügigkeit, die in finanziellen Fragen allerdings nicht angebracht ist.

So erfordern z. B. Auslandsgeschäfte in besonderem Maße exakte Planung, Sicherung gegen vielfältige Risiken, stetige und zuverlässige Verbindungen, die Kenntnis fremder Märkte und ihrer Usancen. Bei der Fülle der Probleme und Risiken im internationalen Geschäft sind die Erfahrungen, Sachkenntnisse und ausländischen Geschäftsverbindungen, über die eine international orientierte große Bank mit ihren weitgereisten Fachleuten verfügt, für Sie ein Beitrag dazu, möglichst nichts dem Zufall zu überlassen.

Die Leitungen unserer Niederlassungen sind darauf ausgerichtet, Ihren Kunden dieses Potential wirklich nutzbar zu machen. Sie unterstützen Sie darin, Aleatorik, die Abhängigkeit vom Zufall, auf ein Minimum zu reduzieren. Wenn Sie mehr wissen möchten: Sie finden die Berliner Bank in Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart, London, Luxemburg und natürlich in Berlin.

Berliner Bank. Die Bank, mit der man reden sollte.

BERLINER BANK
AKTIENGESellschaft



[illegible]

Optionscheine

	59	29
--	----	----

[illegible][illegible]

DG BANK
Deutsche Genossenschaftsbank
DIE GESCHÄFTSBANK MIT DER BREITEN BASIS

